

Handelsblatt – Silke Kersting – 16.8.2021:

ANNALENA BAERBOCK TRIFFT JOSCHKA FISCHER

„Große, große Tragödie“: Grüne fordern „große humanitäre Geste“ in Afghanistan-Krise

In Frankfurt an der Oder diskutiert die Grünen-Kanzlerkandidatin mit dem früheren Bundesaußenminister. Um Europa sollte es gehen – aber ein Thema überlagert die Debatte: Afghanistan.



Annalena Baerbock und Joschka Fischer

Für die Grünen-Kanzlerkandidatin und den früheren Bundesaußenminister spielt sich in Afghanistan eine „große, große Tragödie“ ab. (Foto: dpa)

Berlin Es ist ein Termin wie geschaffen für die oberste Grünen-Wahlkämpferin [Annalena Baerbock](#): ein Treffen mit Grünen-Urgestein Joschka [Fischer](#), Vizekanzler und Bundesaußenminister von 1998 bis 2005. Ein Bildtermin auf der Stadtbrücke in Frankfurt an der Oder und eine anschließende Diskussion – das bedeutet Aufmerksamkeit, die dem Grünen-Wahlkampf möglicherweise einen kräftigen Schub verleihen könnte.

Über Europa wollten die beiden Grünen reden, aber natürlich geht es an diesem **schicksalsträchtigen Tag für Afghanistan vor allem auch um das Land am Hindukusch**. Fischer war deutscher Außenminister, als nach den Anschlägen vom 11. September 2001 westliche Truppen in [Afghanistan](#) einmarschierten und die Taliban entmachteten. ...

Frau Baerbock sollte dabei die nachfolgende Behauptung Fischers in Frage stellen und die frühere rot-grüne Verantwortung für diese „große, große Tragödie“ thematisieren...

Tagesspiegel - 09.08.2021 - - HANS MONATH MICHAEL
SCHMIDT STEPHAN-ANDREAS CASDORFF

Joschka Fischer zur Kundus-Eroberung der Taliban „Es beginnt eine neue Schreckenszeit für die Afghanen“

Ex-Außenminister Fischer rechnet mit einer Verschlechterung der Lage in ganz Afghanistan. Die Kundus-Eroberung sei aber „von uns nicht zu verhindern“ gewesen.

(...) Der frühere Außenminister Joschka Fischer (Grüne) rechnet nach dem Fall von Kundus mit einer Verschlechterung der Lage im ganzen Land. „Es beginnt eine neue Schreckenszeit für die Afghanen“, sagte Fischer dem Tagesspiegel. Die Eroberung der Stadt sei allerdings „von uns nicht zu verhindern“ gewesen. „Entscheidend wird Kabul und was dann passiert“, meinte der Ex-Minister mit Blick auf die afghanische Hauptstadt.

Gemeinsam mit dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte Fischer im Jahr 2003 entschieden, ein Bundeswehr-Kontingent in den Norden Afghanistans zu schicken. „Wir mussten dorthin aus Bündnissolidarität“, sagte er nun. (...)

„Wir mussten dorthin aus Bündnissolidarität“ – zu dieser Behauptung Fischers sollte man den folgenden SPIEGEL-Artikel lesen:

Wie sich eine rotgrüne Bundesregierung vor 20 Jahren in den Afghanistan-Krieg hineindrängelte...

**DER SPIEGEL 36/2011:
Ein deutscher Krieg**

Die Anschläge vom 11. September 2001 führten zum Einsatz der **Bundeswehr in Afghanistan** (...)

Ein Team von SPIEGEL-Redakteuren hat mit allen maßgeblich Beteiligten gesprochen, beim damaligen Bundeskanzler angefangen, und bisher unveröffentlichte Akten eingesehen. Für den SPIEGEL hat die Bundesregierung abweichend von der üblichen Sperrfrist von 30 Jahren interne Dokumente vorzeitig freigegeben: Vermerke aus dem Kanzleramt, Dutzende von Depeschen aus dem Auswärtigen Amt, Teile des Brief- und Telegrammverkehrs mit George W. Bush. Sie zeigen, wie wenig die Amerikaner an einer deutschen Unterstützung interessiert waren. Das belegt schon ein sogenannter Drahtbericht, den der deutsche EU-Botschafter nach einem Treffen der EU-Außenminister mit dem Außenbeauftragten Javier Solana aus Brüssel nach Berlin schickte, am Tag nach dem Anschlag: „Solana unterrichtete über ein Telefonat mit US AM Powell, in dem dieser der EU für Erklärungen und angebotene Hilfe gedankt habe; US benötigte keine konkrete Hilfe, wohl aber politische Solidarität.“ Das hatte der damalige Außenminister der USA, Colin Powell, offenkundig zu Solana gesagt. Die uneingeschränkte Solidarität war eine deutsche Erfindung. Andere waren vorsichtiger. Am 21. September wurde ein EU-Sondergipfel anberaumt, in dessen Abschlussdokument dann die deutsche „uneingeschränkte Solidarität“ aufgenommen wurde. Gegenüber US-Botschafter Daniel Coats rühmte sich Schröder später, dass die Sondersitzung „wesentlich auf D-Initiative“ zurückgehe, wie es auf dem Sprechzettel zum Gespräch vom 1. Oktober heißt. Es erweist sich abermals: In der Politik ist nichts unausweichlich. Die Deutschen sind nicht in einen Krieg hineingezogen worden, sie haben sich selbst hineinbegeben. Es gab Antreiber auf deutscher Seite, politische und militärische. (...)

14. September, Berlin, 17 Uhr:

200 000 Menschen sind auf den Pariser Platz gekommen, um eine Rede von Bundespräsident Rau zu hören. Schröder und Fischer stehen neben ihm. Am Tag zuvor saß Rau mit seinen vier engsten Mitarbeitern im Repräsentationsbüro im Schloss Bellevue und ging den Redenentwurf für seinen großen Auftritt durch. „Ich will da noch was drin haben“, sagte Rau. Er suchte das Gegengift gegen die uneingeschränkte Solidarität, einen Begriff, „der Rau nie über die Lippen gekommen wäre“, wie es einer der Beteiligten formuliert. Auf dem Platz sagt Rau, die Attentäter seien „Mörder, nichts sonst“ – eine bewusste Abkehr von der Kriegslogik:

„Hass darf uns nicht zum Hass verführen. Hass blendet.“ Raus Botschaft: keine Waffen, keine Gewalt. Schröder verlässt die Bühne. SPD-Fraktionschef Struck fragt ihn: „Was war das denn?“ Eine rhetorische Frage. Das ist ein offener Konflikt zwischen Kanzler und Präsident, und er geht weiter. Rau sagt zwei Tage später im Deutschlandfunk, man dürfe sich nicht „in den Krieg hineinreden“. Schröder reagiert abends im ZDF: „Die Richtlinien werden vom Bundeskanzler bestimmt. Und der hat von uneingeschränkter Solidarität gesprochen, und das heißt auch: militärischen Beistand.“ (...)

15. September Hannover:

Michael Steiner, der Sicherheitsberater des Kanzlers, fährt am Wochenende zu Schröder nach Hause. Die beiden kennen sich gut, duzen sich, zwei vom gleichen sanguinischen Temperament. Kein Staat dürfe bedingungslos zu allem ja sagen, findet Steiner. Sonst überschreite Schröder die Grenzen dessen, was er aus nationalem Interesse tun dürfe. Das Gespräch endet in einem Wutausbruch Schröders.

19. September Berlin, Reichstag, 9 Uhr:

Gerhard Schröder gibt seine zweite Regierungserklärung über den Umgang mit dem Terroranschlag. „Zu Risiken“, sagt er, „auch im Militärischen, ist Deutschland bereit, aber nicht zu Abenteuern.“ Er hat diesen Satz zwei Abende zuvor von Hand in sein Redemanuskript eingefügt, nachdem er im Kanzleramt mit Hans-Dietrich Genscher, Richard von Weizsäcker und Helmut Schmidt diskutiert hatte. Es ist die erste Relativierung der uneingeschränkten Solidarität.

Nach seiner Rede nimmt Schröder Harald Kujat zur Seite. Kujat ist Generalinspekteur der Bundeswehr, Deutschlands oberster Soldat. Was Deutschland konkret anbieten könne, will der Kanzler wissen. Kujat zählt auf: Aufklärungs-„Tornados“, Drohnen, ABC-Abwehr und das Kommando Spezialkräfte, eine Eliteeinheit, der Stolz der Bundeswehr. Kujat ist Schröders erster Ansprechpartner in Militärfragen. Ein Mann von hoher Intelligenz, politischem Instinkt und brennendem Ehrgeiz. Kujat will Vorsitzender des Nato-Militärausschusses werden, die höchste Position, die ein Soldat in der Nato erreichen kann. Er möchte zeigen, was er kann und was die Bundeswehr kann. (...)

26. September Berlin, ehemalige Kanzlerdienstvilla, Pücklerstraße 14, 23 Uhr:

Schröder sitzt mit seinen Ministern Fischer und Scharping, seinem Sicherheitsberater Steiner und Generalinspekteur Kujat in seiner alten Residenz. Eine Art Tabakskollegium. Es gibt viel Wein und reichlich Zigarren. Es geht um Bodentruppen für Afghanistan. Kujat kommt manchem an diesem Abend sehr ambitioniert vor. Er redet von zwei Brigaden, die Deutschland stellen könne. Zwei Brigaden sind bis zu 4200 Mann. Als Kujat die Runde verlässt, sagt Scharping zu Schröder, wenn das ernst gemeint gewesen sein sollte mit den zwei Brigaden, dann müsse er, Scharping, ihm, Schröder, noch in dieser Nacht einen Brief schreiben. Es ist eine Rücktrittsdrohung, die Schröder nicht als Drohung begreift. Scharping sieht einen Kriegseinsatz der Bundeswehr skeptisch, aber den Brief schreibt er nicht. (...)

30. September Washington, Weißes Haus:

Planungstreffen der US-Regierung. „Die Aussies, die Franzosen, die Kanadier und die Deutschen wollen helfen“, sagt Condoleezza Rice, Bushs Sicherheitsberaterin. „Sie wollen alles machen, was sie tun können.“ Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bleibt reserviert: „Wir wollen sie beteiligen – wenn es geht.“ Und wenn es nicht stört. Er will sich keine Rollen für die ausländischen Streitkräfte ausdenken, nur um sie zu beteiligen. Der designierte Generalstabschef Richard Myers schlägt sich auf die Seite von Rice: „Wir werden ein Papier verfassen, aus dem hervorgeht, um was wir sie bitten wollen. Wir wissen, dass das eine politische Angelegenheit ist.“

Wenige Tage später besucht Schröders Sicherheitsberater Steiner mit zwei Kollegen aus dem Kanzleramt die US-Regierung in Washington. Es geht um das deutsche Angebot für den Einsatz in Afghanistan. Vor dem Abflug fragte Steiner Schröder und Fischer, was er anbieten könne. Alles, lautete die Antwort. Die deutschen Beamten bleiben drei Tage lang. Nach dem Gespräch mit seiner Kollegin Rice hat Steiner den Eindruck: Die wollen gar nicht. Deutschland – unwichtig. Stattdessen reden die Amerikaner über den möglichen Einsatz von taktischen Nuklearwaffen in Afghanistan. Die uneingeschränkte Solidarität, das dämmert Steiner, sie ist willkommen, aber operativ unerheblich. (...)

7. Oktober Berlin, Kanzleramt, 18 Uhr:

Bush ruft bei Schröder an und sagt, dass der Feldzug in Afghanistan gleich beginne. Schröder ist bereits vorgewarnt. Zwar haben die Amerikaner die Deutschen nicht in ihre Vorbereitungen eingeweiht, aber der BND hat sich die Informationen über Umwege beschafft, aus

abgehörten Gesprächen, von der Nordallianz und anderen eigenen Quellen. Kurz darauf fallen die ersten Bomben auf Afghanistan. (...)

... In Deutschland ist die Stimmung inzwischen gekippt. Die Bombardements haben nach Angaben der afghanischen Nachrichtenagentur AIP bereits einige hundert zivile Tote gefordert. Günter Grass hat erklärt: „Militärschläge sind nie zivil.“ Die Grünen fordern einen Bombenstopp, in der SPD regt sich Widerstand. Ottmar Schreiner, der Parteilinke, beschreibt ein „wachsendes Unbehagen“ in der Fraktion. In Berlin und Stuttgart gehen Zehntausende Menschen gegen den Einsatz auf die Straße. Es ist die Gegenveranstaltung zur Solidaritätskundgebung vom 14. September. (...)

6. November Berlin, Kanzleramt, 9 Uhr:

Der Bundessicherheitsrat kommt zusammen, danach geht Schröder vor die Presse. Bis zu 3900 KSK-Soldaten in Afghanistan: „Großzügiges Angebot Deutschlands“ Aus den Unterlagen des Kanzleramts geht hervor, dass die USA keinen besonderen Wert auf militärische Beiträge Deutschlands legten. Für die USA stehe die „politische Tatsache der Unterstützung durch Nato im Vordergrund“.

Soldaten würden bereitgestellt, um die USA ihren Anforderungen entsprechend zu unterstützen. Darunter sind 100 Soldaten vom KSK. Das ist die einzige Komponente für Afghanistan. Die anderen Soldaten sollen die Seewege am Horn von Afrika bewachen und für den Fall eines ABC-Kriegs in Kuwait bereitstehen.

„Wir fragten nicht nach bestimmten spezifischen Dingen“, sagt Donald Rumsfeld auf eine missverständliche Frage nach 3900 deutschen „Special Forces“. Steiner sieht die Agenturmeldungen und alarmiert Schröder. „Sieh zu, dass die das richtigstellen“, knurrt Schröder. Bleibe Rumsfelds Aussage so stehen, fiele die Legende von der dringenden Anfrage der Amerikaner nach dem KSK in sich zusammen.

Im Bundestag wächst die Kritik am deutschen Beitrag. In einer Fraktionssitzung der Grünen kommt es zum Eklat. Antje Vollmer greift Schröder und damit indirekt auch Fischer frontal an. Die Bundestagsvizepräsidentin spricht sich dagegen aus, nur mit Gewalt auf Terrorismus zu reagieren. Das würden die Grünen seit den Zeiten der RAF sagen. Sie verlangt, die Skepsis ihrer Partei müsse sich in Nein-Stimmen niederschlagen. Fischer packt seine Aktentasche und stürzt

aus dem Saal: „Wenn ihr da nicht mitmacht, könnt ihr euren Kram alleine machen.“ Peter Struck vermeldet dem Kanzler ebenfalls wachsenden Widerstand in der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Abstimmung über das OEF-Mandat ist für den 16. November angesetzt, die eigene Mehrheit in Gefahr. Parteitage von SPD und Grünen stehen vor der Tür. Das Bundeskabinett beschließt anderntags die 3900 Soldaten als deutschen Beitrag für die „Operation Enduring Freedom“. Scharping, der Vorsichtige, sagt: „Es steht kein Flächeneinsatz am Boden an.“ Schily will wissen, was es mit Rumsfelds Bemerkung auf sich hat. Fischer liest eine von den Deutschen erbetene Erklärung Rumsfelds vor. Rumsfeld beruft sich darauf, eine unklare Frage gestellt bekommen zu haben.

9. November Washington, Deutsche Botschaft:

Die Vorschläge des AA zu einer Neuordnung Afghanistans nach dem Krieg erhalten Rückenwind. In einem Bericht an Berlin meldet die Botschaft: „Ihre ursprüngliche Zurückhaltung mit Blick auf die politische Zukunftsgestaltung AFGs haben die USA erfreulicherweise aufgegeben.“ (...)

14. November Berlin, Kanzleramt, Kabinettsaal, 9 Uhr:

Im Kabinett wird schon über den nächsten Einsatz, Isaf, gesprochen, obwohl der erste, OEF, noch gar nicht vom Bundestag beschlossen ist. Schröder sagt zu Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul und Joschka Fischer, sie sollten vor der Presse klarmachen, wie es um die Lage der Menschen in Afghanistan stehe. Schily warnt: Man solle nicht so tun, als seien die bewaffneten Auseinandersetzungen schon vorbei.

Jetzt mischt sich Sachpolitik mit Parteipolitik. Die Regierungsspitze registriert: Ein Überbau muss her, eine Erzählung. Sie handelt von einem geschundenen Land am Hindukusch, dem geholfen werden muss, einem Land, in dem Frauen unterdrückt werden und Demokratie nicht stattfindet. Es ist eine sehr deutsche Erzählung, aus der ein sehr deutsches Projekt wird. „Wir sind bereit, zum Wiederaufbau des Landes nach mehr als zwei Jahrzehnten Krieg und Zerstörung beizutragen, zu einem neuen Afghanistan“, lautet Fischers Maxime.

Was sich so gut und helfend anhört, ist die Selbstüberforderung. Zuerst redet die Regierung sich in einen Krieg hinein, dann beginnt sie, sich in

eine unmögliche Mission von Wiederaufbau und Friedenssicherung hineinzureden. Um die Entsendung von 100 Kommandosoldaten zu rechtfertigen, werden bald 1200 deutsche Isaf-Friedenssoldaten hinterhergeschickt. Das Versprechen des „neuen Afghanistan“ nötigt Berlin später dazu, immer mehr Soldaten zu schicken und in blutige Kämpfe zu verwickeln. Die 100 Spezialkräfte dagegen kommen kaum zum Einsatz. Die Regierung arbeitet in dieser entscheidenden Phase mit Versprechungen und mit eisernem Druck. Es geht auch um den Nachweis, handlungsfähig zu sein. (...)

***SPIEGEL Jahreschronik, November 2001:
Der Kanzler zieht den Knüppel***

Untergangsstimmung in der rot-grünen Koalition: Die grüne Basis und etliche Bundestagsabgeordnete rebellieren gegen die "uneingeschränkte Solidarität" mit Amerika sowie den Kriegskurs der Bundesregierung und drohen das fragile Bündnis endgültig zu sprengen. Kanzler Schröder pokert hoch, stellt die Vertrauensfrage und gewinnt um Haaresbreite. Doch hoch ist auch der Preis für die Brachialgewalt: Die Grünen wollen die Macht nicht verlieren, entscheiden sich zähneknirschend mit einem Quotentrick für den Zuchtmeister Schröder und sind ein weiteres Mal vom großen Partner gedemütigt worden.



SPIEGEL – Jahreschronik 2001

16. November Reichstag, Plenarsaal, 12.30 Uhr:

Der Bundestag spricht mit 336 von 662 Stimmen Schröder das

Vertrauen aus und ebnet den Weg für den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr außerhalb Europas. Schröder sagt: „Durch diesen Beitrag kommt das vereinte und souveräne Deutschland seiner gewachsenen Verantwortung in der Welt nach.“

Nach der Abstimmung ruft Schröder Botschafter Ischinger in Washington an. Er will sicherstellen, dass dort etwas ankommt von seinem Mannesmut: „Wissen die bei Ihnen überhaupt, was ich hier gerade gemacht habe?“ Ischinger: „Mir ist schon klar, Sie haben gerade das Mandat durchgesetzt.“ Schröder: „Das ist ja großartig, dass Sie das wissen, aber wissen die das auch im Weißen Haus?“ Ischinger: „Ich habe verstanden, was Sie von mir erwarten. Ich mache mich auf die Socken.“ (...)

27. November Petersberg bei Bonn:

Deutschland ist Austragungsort einer großen Friedenskonferenz für Afghanistan. „Die Ausrichtung der Konferenz in Bonn reflektiert das breite Engagement Deutschlands“, heißt es in einem Papier des AA, „aber auch unsere unparteiische Rolle gegenüber allen Beteiligten.“ Die Kosten des Aufbaus werden auf 6,5 Milliarden Dollar in fünf Jahren beziffert, „die größte internationale Aufbauhilfe nach dem Marshallplan“.

Fischer eröffnet die Petersberg-Konferenz und sagt, die Uno habe Deutschland gebeten, Gastgeber zu sein. Ein Diplomat formuliert es anders: „Das war eine Fischer-Sache. Der wollte einen Überbau.“ Nach einem Fernschreiben der Botschaft Doha vom 19. November habe sich auch der Emir von Katar als „großzügiger Gastgeber“ ins Spiel gebracht; die Uno dagegen habe „Wien oder Genf als Konferenzort“ favorisiert. Fischer sagt, die Staatengemeinschaft habe „klare Erwartungen“ an Afghanistan: „Dazu gehört an vorderster Stelle, den Frauen ihre Rechte und Würde zurückzugeben.“ Die Bush-Regierung hat zwar mittlerweile zur Freude der Deutschen eingesehen, dass sie sich auch um die Zukunft Afghanistans nach dem Krieg kümmern muss. Sie zeigt aber keine Neigung, das Land zu einem neuen Musterstaat aufzubauen. „Nation Building“ mit Soldaten wie im Kosovo hält Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice für Unfug. Die Amerikaner wollen Bin Laden fangen, wo immer er steckt, und sie wollen sich rasch den nächsten angeblichen Terrornestern zuwenden. (...)

In der Innenpolitik dient die Konferenz der Bundesregierung als Symbol dafür, dass der Krieg einen höheren Sinn hat: Die Afghanen können ihr Land neu aufbauen, dank deutscher Hilfe. Anfang Dezember Berlin, Büro des Außenministers: Fischer eröffnet dem deutschen Diplomaten

Klaus-Peter Klaiber, dass er ihn als EU-Beauftragten für Afghanistan vorschlagen wird. Der Diplomat ist darüber kreuzunglücklich, daran ändern alle großen Worte des Ministers nichts. Er will auf seinen neuen Posten nach Australien, Frau und Sohn sind schon in Canberra. „Das ist doch der Wilde Westen im Osten“, sagt Klaiber. Fischer stellt ihm die Diplomatin Ursula Müller als Spezialistin für Frauenfragen zur Seite. Die Zukunft der Frauen in Afghanistan sei für die deutsche Öffentlichkeit „ganz entscheidend“. (...)

13. Dezember Kabul, Kinderbildungsstätte Aschiana:

Als erstes deutsches Regierungsmitglied besucht Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul den designierten Regierungschef Karzai und eine Schule in Kabul, die nun auch wieder Mädchen besuchen dürfen. Dort bestellt sie den Mädchen die „herzlichsten Grüße der Kinder der Bundesrepublik“. Sie komme bald wieder. Die Welt werde die Augen von Afghanistan und seinen Frauen nicht mehr abwenden. (...)

Deutschlands Landesverteidigung am Hindukusch, wie sie Struck ausgerufen hat, war nicht nötig und hat auch nicht stattgefunden.(...)

Deutschland, im September 2011:

Harald Kujat hat sich in einem entlegenen Winkel nahe Neuruppin zur Ruhe gesetzt und züchtet Pferde. Er ist zwischenzeitlich Vorsitzender des Nato-Militärausschusses gewesen, drei Jahre lang oberster Nato-Soldat in Brüssel. Fehler? „Der entscheidende Fehler auf deutscher Seite ist, dass wir Afghanistan zu einem deutschen Verteidigungsfall erklärt haben. Das ist der Schlüssel“, sagt Kujat. Er sei später oft in Afghanistan gewesen und habe die politische Entwicklung mit Sorge gesehen. „Wie soll das werden?“, habe er sich mehrfach gefragt.

Michael Steiner, der einstige Berater Schröders, hat die Sache im Unterschied zu Kujat nicht hinter sich. Er ist Afghanistan-Beauftragter der Regierung Merkel, er wickelt gewissermaßen im Auswärtigen Amt die Causa Afghanistan operativ ab. Regelmäßig erstattet er im Kanzleramt Bericht. Er verhandelt inzwischen an geheimen Orten in Deutschland mit gemäßigten Taliban. Steiner sagt: „Wir hatten uns mit einer fast schon arroganten Unbescheidenheit, mit unangemessenen Mitteln unrealistische Ziele gesetzt und unerfüllbare Erwartungen

geweckt. Wir brauchten fast ein Jahrzehnt, die nötige Demut vor der Realität zu erlernen. Aber das haben wir jetzt getan.“

Frank-Walter Steinmeier war zwischendurch Außenminister, ist jetzt Fraktionsvorsitzender der SPD. Es sei sicherlich „zu anspruchsvoll“ gewesen, was man sich und für Afghanistan versprochen hatte. Deshalb habe man das Ziel korrigiert: „Die Musterdemokratie nach westeuropäischem Modell ist ja schon seit Jahren nicht mehr das propagierte Ziel“, sagt er. „Eine realistische Hilfestellung um Sicherheit, Achtung von Menschenrechten und Respektierung von Wahlergebnissen zu erreichen, das war schon schwierig genug.“ Zudem müsse man sich fragen: „Wo stünden wir, wenn wir uns da rausgehalten hätten?“

Der frühere Bundesinnenminister Otto Schily sagt: „Wir sind da in einen Konflikt geraten, der manchen Fehler zwangsläufig entstehen lässt.“ Wenn man ein Dorf bombardiere, um einen Terroristen zu töten, „dann haben Sie einen Terroristen getötet und hundert neue geschaffen“. Er schweigt eine Weile, sagt dann: „Meine Skepsis, was Afghanistan angeht, ist sehr gewachsen. Das gebe ich zu.“

Von Otto Schilys Kanzlei am Berliner Gendarmenmarkt aus kann man das Büro von Joschka Fischer sehen. Fischer ist jetzt Berater. „Unsere Entscheidungen damals waren richtig“, sagt Fischer. „Das sage ich nicht im Eindruck dessen, was in den Jahren danach folgte, sondern im Lichte der Situation des 11. September.“ Die Unterscheidung ist ihm wichtig.

Gerhard Schröder hat ein neues Büro in Hannover bezogen. Er sagt, er hätte nicht damit gerechnet, zehn Jahre später noch über einen laufenden Afghanistan-Einsatz reden zu müssen. Drei bis fünf Jahre, das war seine Erwartung. Ob er noch eine Vorstellung davon habe, was man dort wolle? „Schwierige Frage“, sagt er. Die Grundlage seiner Entscheidung sei die Bündnissolidarität gewesen. Er habe nie gesagt, die Freiheit des Westens werde dort verteidigt. Schröder findet nicht, dass sein Sicherheitsberater Steiner Recht hatte mit der Warnung vor unbegrenzter Solidarität. Aber er findet inzwischen, dass Johannes Rau ein gutes Gespür gehabt habe, damals vor zehn Jahren.

Ich übernehme weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen mich, die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Aus rechtlichen Gründen folgende Information: Durch Auswahl eines Links verlassen Sie diesen Newsletter und gelangen auf die Internet-/ Website eines anderen Anbieters. Diese Seiten sind nicht Bestandteil dieses Newsletters. Für die Inhalte dieser Seiten bin ich nicht verantwortlich. Insbesondere auch nicht für mögliche dortige Markenschutzverletzungen. Als einen Link definiere ich hierbei grundsätzlich ALLE Hyperlinks dieser Site, bei denen sich ein NEUES Browser-Fenster öffnet!

Da betrügerische E-Mails (Phishing) häufig Links zu unsicheren Websites enthalten, empfiehlt es sich, nicht auf Links in E-Mails zu klicken, sondern diese zu kopieren und in Ihren Browser einzufügen.

Abbestellungen des Newsletter – am besten über die Antworten-Taste der empfangenen Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Rechtlicher Hinweis:

Mit Urteil vom 12. Mai 1998 hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man durch die Ausbringung eines Links die Inhalte der gelinkten Seite ggf. mit zu verantworten hat. Dies kann - so das LG - nur dadurch verhindert werden, wenn man sich ausdrücklich von diesen Inhalten distanziert. Ich habe auf verschiedenen Seiten Links zu anderen Seiten im Internet ausgebracht. Hierfür gilt: Ich möchte betonen, dass ich keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und Inhalte der gelinkten Seiten habe.

Deshalb distanzieren mich hiermit auch ausdrücklich von jeglichen Inhalten aller gelinkten Seiten in meinem Newsletter und mache mir ihre Inhalte nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle in meinen Newslettern ausgebrachten Links.